IMT Nuremberg Archives

H – 3475

International Court of Justice

H3475 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date: 2 August 1948

I certify that Document Number 3694-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-884 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Wiebergall

FRED WIEBERGALL
Chief, Document Control Branch

DCB-36 (10247)

H3475 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 3697-PS No. USA-884 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 7 July 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

H3475 -0004

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USA Exhibit 804
Filed June-12-46

3697-PS (128 Z)

Abschrift

Vg 1 b Vr 445/45 Hv 187/45

3. Verhandlungstag am 30.Jänner 1946

Beginn: 9 Uhr vorm.

Gegenwärtig:

Gerichtshof, Angeklagter, Verteidiger wie am ersten Verhandlungstag.

Schiftf.: JAng. Trumler

Der Zeuge Wilhlem Miklas, Gen.in ONr.29 und ergänzt: wohnhaft in Wien I.Wildpretmarkt Nr.1 fremd.

Die Verteidigung erklärt auf die Beeidigung dieses Zeugen zu verzichten.

Der STA. erklärt ebenfalls auf die Beeidigung dieses Zeugen zu verzichten.

Der Zeuge gibt sohin nach WE. und einv.EV. unbeeidet an wie in ONr.29 und fügt bei:

Ver Vorsitzende: Seit wann kennen Sie den Angeklagten?

Der Zeuge: Eigentlich erst seit seiner Bestellung zum Finanzminister im Jahre 1936. An das genaue Datum kann ich mich heute nichtmehr erinnern.

Der Vorsitzende: Also seit November 1936. Sind Ihnen vielleicht die Gründe bekannt, warum der Kanzler damals nachdem der Finanzminister Dr. Draxler aus dem Kabinett ausgeschieden ist, auf die Person des Angeklagten kam?

Der Zeuge: Die Gründe sind mir nicht bekannt. Für mich war einzig und allein der Antrag des Bundeskanzlers massgebend, der sich seine Angestellten für die Kabinettsbildung selbst aussuchte. Ich habe natürlich in diesem Falle, besonders wenn ich wusste, dass dies im Einver-

097539

H3475 - 0005

nehmen mit dem Nationalrat geschehen ist, keinen Einspruch erhoben. Mir sind auch nicht die Gründe bekannt, warum sich der Kanzler damals veranlasst gesehen hatte, gerade auf die Person Dr.Neumayer zu greifen. Der Kanzler wollte offenbar irgendeinen politisch nicht hervortretenden Fachmann in Finanzsachen haben. Das war mein Eindruck.

Der Vors.: Nach der Bestellung Dr.Neumayers zum Finanzminister werden Sie wiederholt mit ihm anlässlich von Empfängen und sonstigen sonsigen gewissen Staatsanlässen in Berührung gekommen sein. Haben Sie den Angeklagten näher kennen gelernt?

Der Zeuge: Ich bin mit dem Eingeklagten eigentlich nicht sehr in Berührung gekommen auch privat nicht.

Der Vorsitzende: Können Sie uns nicht etwas über die Ereignisse des 12. Feber 1938 erzählen, also der Reise des Bundeskanzlers nach Berchtesgaden und die daranschliessenden Folgen, wie es zur Regierungsumbildung u.s.w. gekommen ist?

Der Zeuge: Ich weiss nur das eine, dass am 11.II.1938 ein sogenannter "Vaterländischer Ball" in Wien stattfand. Die Zeitungen schrieben damals, dass dies der erste offizielle Staatsball in Oesterreich seit der Herrschaft der"Vaterländischen Front" war. In diesem Zusammenhang bemerkte ich, dass ich auf eine 52 jährige Staatsbeamtenschaft zurückblicke und dass ich kein Mitglied der "Vaterländischen Front" war. Ich habe dies immer abgelehnt und zwar im Hinblick auf meine Eigenschaft als Bundespräsident. Ich war der Ueberzeugung, das Staatsoberhaupt

A097540

H3475 – 0006

müsse über den Parteien stehen. Wie schwer das natürlich war, durchzuhalten, kann man sich vorstellen. Ich hatte einen sehr schweren Stand.

Ich habe auch diesen offiziellen Staatsball der VF. nicht besucht, sondern bin mit meiner Frau an diesem Tage nach Mariazell gefahren. In Mariazell bekam ich ein Tepephonat von dem damaligen Staatssekretär Dr. Guido S c h m i d t , der mir mitteilte, es sei mit dem Kanzler und dem Führer des Deutschen Reiches, mit Hitler eine Zusammenkunft in Berchtesgaden vereinbart. Ich verweise in diesem Zusammenhange darauf, dass uns ja von seiten Deutschlands in den letzten Jahren vor 1938 auf wirtschaftlichem und politischen Gebiete furchtbare Prügel unter die Füsse geworfen worden waren, so verweise ich z.Bsp. auf die 1000 Mark-Sperre, die unseren Fremdenverkehr in den westlichen Alpenländern sehr beeinträchtigte. Ich bemerke, dass dieses Telephonat vielleicht schon am 10.II.1938 stattfand. Jedenfalls bin ich von Dr.Guido Schmidt befragt worden, was ich zu dieser Zusammenkunft des Kanzlers mit Hitler in Berchtesgaden sage. Ich erklärte darauf:" Das ist natürlich sehr schwer". Es wurde mir angedeutet, dass der Bundeskanzler diese Aussprache wünsche, es handle sich nur um eine Rückfrage an den Bundespräsidenten, ob es für ihn tolerant sei. Ich fragte was soll der Zweck dieser Aussprache sein, worauf mir erklärt wurde, der Zweck sollte sein, die Miss-

H3475 – 0007

stände zu klären, welche in der Durchführung des Accords vom Juli 1936 in Oesterreich sich herausgestellt hat. Dieser Accord vom Jahre 1936 ist von der Regierung allein vorbereitet bezw. von Deutschland gefordert worden und hat stattgefunden und ist ein "gentleman agreement" geblieben, war also kein Staatsvertrag, sondern ein Pakt zwischen den beiden Regierungschefs von Oesterreich und Deutschland. Der Bundespräsident hatte natürlich gar nichts zu unterschreiben. So ist es zu diesem Vertrage, zu diesem "gentleman agreement" gekommen. So kam es also auch zu diesem "Berchtesgadener Protokoll". Deutschland hat uns durch die 1000 Mark Sperre, wie bereits erwähnt in den westlichen Alpenländern den besten Fremdenverkehr weggenommen, so dass in den westlichen Bundesländern eine Misstimmung herrschte.

Auf Befragen des STA. gibt der Zeuge an: Allerdings ist es richtig, dass im damaligen Zeitpunkte (11.II.1938) die 1000 Mark-Sperre nichtmehr aktuell war.

Der Vorsitzende: Ist die Einladung bezüglich der Zusammenkunft des Kanzlers mit Hitler in Berchtesgaden von der Österr. Seite ausgegangen oder von Hitler, also von deutscher Seites aus?

Der Zeuge: Diese Einladung ist von seite Deutschlands durch Herrn v. P a p e n erfolgt. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg fuhr also in Begleitung Dr. Guido Schmidt nach Berchtesgaden. Nach ihrer Rückkehr von der Berchtesgadener Reise erfolgte ein kurzer Bericht über die Art und Weise, wie die Aussprache

A097542

H3475 - 0008

in Berchtesgaden stattgefunden hatte. Ich habe von dem Inhalt des Berchtesgadener Protokolles nur das eine gehört, dass Dr.Guido Schmidt sich stundenlang in einem Seitenraum (Nebenraum) des Bergjofes befand und sich bemüht hat, mit den Vertrauten Hitlers diesen und jenen Punkt des Protokolls zu Gunsten Oesterreichs zu ändern, oder ganz unter den Tisch fallen zu lassen. Dies geschah alles im Interesse Oesterreichs. Dr.Guido Schmidt hat sich also im gewissen Sinne Verdienste um Oesterreich erworben. Das Protokoll wurde von Hitler wie ein Ultimatum überreicht. Das wurde mir alles von Dr.Guido S c h m i d t berichtet.

Der Vorsitzende: Was hat Ihnen der Kanzler über die Berchtesgadener Aussprache berichtet?

Der Zeuge: Der Kanzler erzählte, dass gewisse Punkte vereinbart worden sind wegen eines Beamtenaustausches vor allem im Bezug auf Wehrmachtsoffiziere. Der Kanzler berichtete also über Sachen, über die man unter Freunden reden könnte. Das sind so die Hauptpunkte gewesen, die mir der Kanzler genannt hat. Der Kanzler berichtete weiters, dass bezüglich der Regierungsumbildung verlangt wurde, dass Seyss - Inquart in die Regierung Dr.Schuschnigg einzutreten habe und Innenminister werde. Das war die direkte Forderung Hitlers. Nach langem Zögern und unter dem Eindruck des Empfanges in Berchtesgaden sowie hinter den Kulissen stehenden militärischen Druck - Hitler soll bei dieser Aussprache ganz rabiat gewesen sein- hat der Kanzler diese verlangte Regierungsumbildung

A097543

H3475 - 0009

in seinem Kabinett vorgenommen. Bei Nichterfüllung dieser Forderung Hitlers bestand die grösste Gefahr des Ausbruches eines Krieges. Hitler hat dem Kanzler eine kurze Spanne Zeit zugestanden, damit Dr.Schuschnigg in Oesterreich mit seinen Leuten über diese Forderung reden könne.

Ich glaube es wurde dem Kanzler eine Zeit bis 15. II. 1938 gelassen. Die massgebenden Regierungsmitglieder in Oesterreich erklärten damals dass wir trachten müssen, dass wir nachgeben können. Es bestand ja die Gefahr des Ausbruches eines zweiten furchtbare
Krieges, der unter Umständen eine Gefahr für ganz Europa gewesen wäre.

Diese Regierungsumbildung im Kabinett Dr.Schuschnigg durch Bestellung Seyss-Inquart zum Innenminister ist dann in diesem Zeitpunkt erfolgt. Seyss-Inquart wurde alsoInnenminister und hat sofort im nationalsozialistischen Sinne die Nationalsozialisten auch zur Unterstützung der Polizei herangezogen, wie diesja auch unter Dr.Dollfuss seinerzeit der Fall war und wie es ja auch vorher unter der sozialdemokratischen Herrschaft der Fall war, wo ja der "Republikanische Schutzbund" aufgestellt wurde. Man kann sich vorstellen, welchen schweren Stand ich unter diesen Parteien hatte, die selber ihr eigenes privates Militär gehabt haben. In meiner Eigenschaft als Bundespräsident war ich sozusagen der "chinesische Prügelknabe" für die Regierung, der momentan am Ruder befindlichen Partei.

A097541

H3475 – 0010

3697-PS.

Der Vorsitzende: Sie haben nun forderungsgemäss Seyss - Inquart zum Innenminister bestellt? Ist Ihnen die Person Seyss-Inquart bis zu diesem Zeitpunkte bekannt gewesen oder erst bekannt geworden?

Der Zeuge: Sie ist mir bekannt geworden seit seiner Be - stellung zum Innenminister, vorher habe ich Seyss-Inquart nicht gekannt. Ich habe nur gehört, dass er sich in Döbling draussen ganz gut mache, er jedenfalls ein Mann sei, mit dem man reden könne. Es wurde mir weiters erzählt, dass Seyss-Inquart sogar ein fleissiger Kirchenbesucher sei. Mehr wusste ich über die Person Seyss-Inquart nicht; persönlich habe ich ihn bis zur Ministerbestellung nicht gekannt.

Der Vorsitzende: Ist diese Bestellung des Innenministers Seyss-Inquart ein schwieriges Problem gewesen?

Der Zeuge: Es ist nicht nur ein schwieriges Problem gewesen, sondern es ist direkt durch die Umstände, die damals am Ballhausplatz im Bundeskanzleramt herrschten erzwungen worden. Der Bundespräsident konnte unter dem Drucke, Oesterreich vor dem Aergsten zu bewahren, nämlich den Einmarsch der deutschen Truppen, die ja als Feinde zu betrachten waren, und einen Bombenkrieg zu verhindern, nicht anders handeln. Wien wäre ja von seiten der Deutschen "niederjebombt" worden.

Der STA: Haben Sie nicht vorher eine Rückfrage an die Westmächte gerichtet, ob Sie dem Berchtesgadener Abkommen zustimmen sollen?

A097545

H3475 - 0011

Der Zeuge: Der Kanzler hat ununterbrochen mit den Gesandten der Westmächte Fühlung genommen und hat auf die schwierige Lage Oesterreichs gegenüber der Drohung die vom Hitler-Reiche gegen Oesterreich bestand ununterbrochen aufmerksam gemacht; aber Verständnis hat er dafür sehr wenig gefunden. Gerade die führenden Männer der Westmächte haben nur ihre eigenen Landesschwierigkeiten im Auge behalten. Mussolini hat sich in den letzten Stunden über - haupt verleugnen lassen. Auch von Seite England bestand kein rechtes Interesse. Wir fühlten uns tatsächlich von Europa verlassen.

Der Vorsitzende: Hat der Angeklagte, der damals Finanzminister war, an Ministerratssitzungen des Kabinetts Dr.Schuschnigg teilgenommen?

Der Zeuge: Ja

Der Vors.: Ist Ihnen bekannt, ob und inwieweit die einzelnen Minister über die Vorgänge von Berchtesgaden und die Forderung von Seite Hitlers informiert wurden?

Der Zeuge: Darüber kann ich keine Angaben machen, das weiss ich nicht. In diesem Zusammenhang bemerke ich, dass ich an Ministerratssitzungen in meiner Eigenschaft als Bundespräsident n i c h t teil - nehmen konnte. Ich habe mich jedenfalls mit dem Angeklagten über das Berchtesgadener Abkommen und dessen Auswirkungen nicht unterhalten. Ich kann daher nicht sagen, ob der Angeklagte in diesem Punkte gut informiert war oder nicht.

A097546

H3475 - 0012

3697-PS

Der Vors.: Was ist Ihnen bezüglich der Ereignisse am Freitag den 11.III.1938 in Erinnerung. Was hat sich damals im Bundeskanzleramt abgespielt, was haben Sie damals selbst erlebt?

Der Zeuge: Ich muss eigentlich schon sagen, dass ich von Seiten der Regierung über die damaligen Vorgänge bezüglich der schwierigen Situation in der sich Oesterreich damals befunden hatte, nicht am Laufenden gehalten wurde. Ich wurde nicht von allen Ereignissen verständigt, die sich aussenpolitisch abgespielt haben. Allerdings hätte ich dagegen auch nichts unternehmen können. Die Folge davon, dass ich nicht von allen Dingen verständigt wurde, ist gewesen, dass ich eigentlich von der fürchterlichen drohenden Zuspitzung der auswärtigen Lage ziemlich überrascht war. Da Schuschnigg mit den Westmächten wie mit Paris, London in Verbindung stand, habe ich die Sache nicht so drohend und tragisch genommen.

Der Vors.: Was können Sie bezüglich der Volksabstimmung sagen?

Der Zeuge: Diese Volksabstimmung ist dem Kanzler von Seite Frankreich angeregt worden. Der Kanzler hatte diese Volksbefragung für eine gute Sicherung Oesterreichs betrachtet. Man hätte sich dann vor der Oeffentlichkeit darauf berufen können, dass Oesterreich besteht, auf Grund der Volksbefragung. Oesterreich hätte dann als Staat erhalten bleiben müssen. Nur war diese Vokksabstimmung zu spät angeordnet worden. Hätte man sie früher, wie ich ununterbrochen darauf gedrängt habe,

A097547

3697 PS

H3475 – 0013

vielleicht im Jahre 1934 oder 1935 durchgeführt, so wäre vielleicht die Sache anders gewesen. Hätte man sie nach der Ermordung Dr. Dollfuss durchgeführt, so wäre sie "wahrscheinlich" noch im richtigen Zeitpunkte erfolgt. Aber selbst dieses "wahrscheinlich" ist mir fraglich. Denn mir wurde gesagt, dass damals bereits die Situation in Oesterreich eine derartige war, dass es bei einer eventuellen Volksabstimmung zum Kampfe der Parteien mit den Waffen gekommen wäre, das heisst, also dass es zu einem Bürgerkrieg gekommen wäre. Denn damals war Oesterreich schon sehr stark mit dem Nationalsozialismus infisziert gewesen. Eine damalige Volksabstimmung hätte vielleicht erst recht das Eingreifen seitens Hitlerdeutschland in die Wege geleitet.

Zu Beginn der Woche zum 11.III.1938 ist also das Problem der Volksabstimmung aufgetaucht. Der Kanzler ist damals mit dem Aussenminister zu mir gekommen - auch andere Männer sprachen in dieser Sache bei mir vor-- und hat gemeint, dass eine Volksabstimmung im Hinblick aufdie morrlische Sicherung des Staates notwendig wäre. Ich habe natürlich mit Freuden zugestimmt und bemerke in diesem Zusammenhange, dass diese Volksabstimmung formell durch den Bundespräsidenten einberufen werden musste.

Der Kanzler hat mich also mit dem Aussenminister aufgesucht und ich stimmte der Volksabstimmung zu. Der Kanzler fuhr dann nach Innsbruck und hielt dort in seinem Parteikreise in der VF. die allen bekannte im österreichischen Sinne gehaltene Rede.

A097548

H3475 – 0014

Er kehrte daraufhin nach Wien zurück und von diesem Augenblick an begann sofort der Gegenstoss seitens der Nationalsozialisten, die sich damals bereits durch die angekündigte Militärmacht von seiten Hitlers gedeckt fühlten. Diese verbotene nationalsozialistische Partei hat sich also schon äusserlich sichtbar bemerkbar gemacht. Oesterreich war damals von den Nazis unterminiert. Es wurde nun zwischen Hitler und dem Kanzler hin - und her geschrieben. Schuschnigg versuchte irgendeinen Ausweg zu finden. Schuschnigg bestand darauf, die Volksabstimmung durchzuführen. Inzwischen traten die Ereignisse am 11.III.1938 ein. Bezüglich dieser Vorgänge am 11.III.1938 möchte ich sagen: Ich war damals immer noch im Glauben, was kann uns schon passieren, schliesslich haben uns die Grossmächte und auch Italien Schutz zugesichert, Hitler wird es ja nicht wagen uns militärisch auf die Knie niederzu zwingen. Aber schliesslich war die nat.soz. Revolution im Innern des Landes gestärkt durch das Bewusstsein, dass die Nazi von Deutschland absolut militärische Hilfe bekommen werden, nichtmehr auszuhalten. Diese nat.soz. Revolution im Inneren des Landes ist immer weiter gegangen und es erfolgte schliesslich das militärische Ultimatum von Seiten Hitlers.

Am Freitag den 11.III.1938 um die Mittagszeit habe ich von einem militärischen Ultimatum, überhaupt von einem Ultimatum, keine Kenntnis gehabt. Um die Mittagszeit fuhr ich nach Hause zu meinem bescheidenen

A097549

3697-PS

H3475 -0015

Mittagessen. Zu Hause erhielt ich ein Telephonat des Aussenministers, dass soeben ein Ultimatum an die Österr. Regierung von Seiten Deutschlands gestellt wurde, dass die Einsetzung Seyss-Inquart als Bundeskanzler, also die Bildung einer neuen Regierung unter Führung Seyss-Inquart, verlange. Wahrscheinlich verlangte auch das Ultimatum die Absetzung der für Sonntag in Aussicht genommenen Volksabstimmung. Die Volksabstimmung sollte unter nat.soz.Führung stattfinden. Dieses Ultimatum war glaublich nicht befristet. Dieses Ultimatum wurde an die Regierung Schuschnigg gestellt und nicht an den Staatschef. Natürlich wollte Dr.Schuschnigg die Verantwortung nicht allein tragen und man hat mich also verständigt und gebeten, ich möge in das Kanzleramt kommen. Um etwa 2 Uhr Nachmittag kam ich ins Bundeskanzleramt und es wurde mir von diesem Ultimatum persönlich Mitteilung gemacht. Ich sagte, "dass ist ganz ausgeschlossen, niederzwingen lassen wir uns nicht, wir haben doch "Schutzmächte" so z. Bsp. in Genf und wir wollen wissen, was die dazu sagen." Wir teilten den Westmächten sofort das Ultimatum mit. Zu diesem Zwecke hat der Gesandte Ludwig Telephonate mit Rom, Paris und London geführt. Es wurden Fernschreiber in Aktion gesetzt. Man wollte die Stimmung der Regierungskreise der West - mächte ausfindig machen. Ich habe gesagt, dass das Ultimatum abzulehnen ist. Das scheint auch in irgend- einer Form seitens der Regierung geschehen zu sein, worauf dann das Deutsche Reich mit einem militäri -

A0975

H3475 - 0016

3697-PS

schen Ultimatum gekommen ist. Dieses militärische Ultimatum enthielt die gleiche Forderung wie das erste. Dieses Ultimatum war an das Staatsoberhaupt, also an mich, gerichtet.

Der Vors.: Wann wurde dieses militärische Ultimatum gestellt?

Der Zeuge: In den Nachmittagstunden um die Jausenzeit herum. Auch dieses Ultimatum habe ich abgelehnt. Es kam dann der Staatssekretär Dr.Keppler, dem ich erklärte, dass ich das Ultimatum ablehne. Es wurde nun ein zweites militärisches Ultimatum gestellt, das war um za. ½7 Uhr abends. Dieses zweite Ultimatum hat mir Generalleutnant Muff gebracht. Die beiden militärischen Ultimate waren bis ½8 Uhr abends befristet. Nach Ablauf dieser Frist wurde mit dem Einmarsch der deutschen Truppen - es standen 200.000 Mann an der Westgrenze von Bregenz bis Passau - in Oesterreich gedroht. Es wurde damit gedfoht, dass sich die deutschen Truppen mit Gewalt das erzwingen, was das Ultimatum fordert. Ich habe den beiden Herren Dr.Kepler und Gen.Leutn.Muff (mit Letzterem stand ich auf gutem Fuss) erklärt, dass ich das Ultimatum ablehne. Ich bedauerte noch Gen.Leutn.Muff dass gerade er dazu ausersehen wurde, mir das Ultimatum zu überreichen. Ich habe beide Ultimate abgelehnt und habe den beiden Herren gesagt, wer in Oesterreich Regierungschef ist, bestimmt Oesterreich allein, so wie dies ja in Luxenburg, in Holland, Belgien, Dänemark und auch in den skandinavischen Staaten

A0975

3697-PS

H3475 – 0017

der Fall ist, warum soll man uns dieses Recht nicht auch einräumen, ich bestehe darauf, die Regierungsbildung bestimmt einzig und allein Oesterreich selbst und seine Funktionäre. Das wurde von den beiden Herren zur Kenntnis genommen. Ich habe selbstverständlich davon dem Kanzler Mitteilung gemacht. Es hat damals eine ständige Fühlungnahme zwischen mir und dem Kanzler in den kritischen Stunden des 11.3.1938 bestanden und zwar bis in den Morgenstunden des 12.3.1938. Ebenso bestand auch zwischen uns mit Dr.Guido Schmidt eine ständige Fühlungnahme. Nachdem auch Dr.Schuschnigg die bekannte Abschiedsrede in den Abendstunden hielt, war er immer noch vorläufig bestellt mit der Fortführung der Regierung bis zur Bildung einer neuen Regierung. Bevor Dr.Schuschnigg diese Radiorede hielt, hat er mir schon gesagt, dass er demissioniert.

Der Vorsitzende: Kennen Sie diese Radiorede?

Der Zeuge: Ich habe diese Radiorede nicht gehört, sie wurde mir nur nachher erzählt.

Der Vors.: Der Kanzler sagte in dieser Rede Folgendes: "Der H.Bundespräsident beauftragt mich, dem österr. Volke mitzuteilen, dass wir der Gewalt weichen. Ist Ihnen dieser Passus in Erinnerung?

Der Zeuge: Es ist ganz ausgeschlossen, dass ich einen solchen Auftrag gegeben habe. Ich habe in Bezug auf ~~diese~~ den Inhalt dieser Rede nie etwas gesagt. Aus der Beratung, die ich mit dem Kanzler hatte - er sagte doch, wir müssen doch sagen, dass wir der Gewalt weichen müssen - mag das eine Schlussfolgerung von ihm sein.

A097552

H3475 – 0018

3697-PS

Ich habe überhaupt zu dieser Radiorede des Kanzlers keinen einzigen Auftrag gegeben. Es ist nur eines geschehen. Dr.Schuschnigg sagte bereits in den Nachmittagstunden zu mir, dass er demissioniere. Diese Demission ist auch gläublich durch das Radio verkündet worden. Das wirdso um 2 oder 3 Uhr nachmittags gewesen sein. Es ist aber möglich, dass diese Demission im Radio nicht verkündet wurde, sondern dass die Absage der Volksabstimmung verkündet wurde. Jedenfalls wurde aber der Presse von der Demmissionierung des Kanzlers Mitteilung gemacht. Ich sagte damals "wir sind noch nicht so weit, dass wir kapitulieren müssen".

Der Vors.: Hat Ihnen der Bundeskanzler das zweite Mal gesagt, dass er seine Demission der Oeffentlichkeit mitteilen werde?

Der Zeuge: Nein. Nach altem Brauch teilt man das der Presse mit. Ich bemerke, dass ich nicht gewusst habe, dass der Kanzler selber sprechen will.

Auf die Radiorede des Kanzlers zurückkommend, in welcher er sich auf einen Auftrag von mir beruft, dass wir der Gewalt weichen musste, bemerke ich, wie bereits erwähnt, dass dies eine Schlussfolgerung von ihm war im Hinblick auf die Gespräche mit mir und Dr.Guido Schmidt. Er sah sich dazu moralisch berechtigt, da uns Europa ja im Stiche liess. Die Gespräche mit Paris, London und Rom sind indessen weiter gegangen, aber alles ist negativ verlaufen. Mussolini war nicht zu finden. Paris hat gesagt " wir haben mit der neuen Kabinettskrise im eigenen

A097553

H3475 – 0019

Lande Sorgen genug. " Es war einfach eine Situation, die direkt zum Kampfe über Oesterreich geführt hätte unter Beginn eines zweiten Weltkrieges. Diese furchtbare Situation war für ganz Europa gegeben. Nachdem ich sowohl innen -, als auch aussenpolitisch völlig verlassen war, konnte nur eine Lösung gefunden werden, dass jemand als Kanzler eingesetzt werde, der auch als Unterhändler von der Gegenseite also von der deutschen Reichsregierung angenommen wurde.

Der Vors.: Die Situation war damals also so, dass man sagen kann, der Staat Oesterreich hat sich im Zeichen des ärgsten Notstandes befunden, am Rande des Krieges?

Der Zeuge: Ja, das ist zweifellos so gewesen.

Der Vors.: Haben Sie sich persönlich als Staatsoberhaupt durch diesen Notstand des Staates auch selbst in einem Notstand befunden? Ist Ihnen auch die innere Situation in diesen kritischen Tagen bekanntgewesen? Haben Sie gewusst, was sich damals in den Strassen Wiens abspielte?

Der Zeuge: Jawohl, das wurde mir ab und zu mitgeteilt, was sich in den Strassen abspielte. Ich wusste auch, das das Kanzleramt von den Nazi eingeschlossen war. Ich wusste sogar noch mehr. Ich wusste, dass eine Abordnung von Nazirebellen in das Kanzleramt eingelassen wurden; aber dass diese durch Seyss-Inquart in das Kanzleramt eingelassen worden ist, der ja der Innenminister war und dem ja die Exekutive in die Hand gegeben war, habe ich erst nachträglich erfahren. Was sich auf den Strassen abspielte, wusste ich aus Berichten.

A097554

H3475 - 0020

3697-PS

Der Vors.: Haben Sie nicht selbst auch für Ihre Person als Staatsoberhaupt das Gefühl gehabt in einer gewissen Notlage zu sein?

Der Zeuge: Sicherlich.

Der Vors.: Haben Sie das Gefühl gehabt, dass Sie noch frei in Ihren Entschlüssen und Handlungen sind?

Der Zeuge: Durch die Notlage ist man nicht mehr frei. Das ist Zwang. Ich habe also unter Zwang diese Regierungsumbildung vorgenommen. Das war innerer und äusserlicher Zwang. Dieser Zwang ist soweit gegangen, dass er meine Person als Staatsoberhaupt inbegriffen hatte. Jedenfalls war mir meine eigene Situation, dass ich ein Gefangener der Strasse bin, vollkommen klar. Das war nichtmehr der Wille der Obrigkeiten, sondern Diktatur.

Das militärische Ultimatum war bis ½8 Uhr abends, befristet. Nach dieser Frist sollte bei Ablehnung des Ultimatums das deutsche Heer einmarschieren. Aber meine feste Haltung und Ablehnung des Ultimatums hat so viel Erfolg gehabt, dass die deutsche Wehrmacht mit dem Einmarsch bis zum nächsten Morgen wartete; sie konnte dies auch vom militärischen Gesichtspunkt aus leicht tun, weil noch in den Abendstunden des 11.3.1938 die österr. Wehrmacht sich auf Grund eines Heeresbefehles etwas von der Inngrenze zurückgezogen hatte um eine gesicherte Stellung einzunehmen.

A 097555

Der Vors.: Ist auch die Frage geprüft worden, ob man überhaupt mit unserer Wehrmacht Widerstand leisten kann?

Der Zeuge: Jawohl, diese Frage wurde überprüft, der kleine

3699-PS

H3475 – 0021

Staat Oesterreich hatte einige 20.000 Mann im Bundesheer stehen, also 10,000 bis 12.000 Mann dürften vielleicht an der Westgrenze gestanden sein; ihnen stand fast die 20 fache Uebermacht gegenüber, wobei die Ueberlegenheit der deutschen Luftwaffe nicht zu übersehen war. Ich habe den Beratungen auch den Heeresinspektor, General der Infanterie S c h i l h a w s k y zugezogen. Mit diesem habe ich über die Frage ob Widerstand geleistet werden kann oder nicht allein gesprochen. Dieser hat mich gebeten, ich möge ihn von dieser Mission, nämlich ob es möglich ist Oesterreich eventuell zu verteidigen, befreien. Er nannte mir in diesem Zusammenhange einen anderen General, mit dem ich mich in diesem Punkte beraten sollte. Den Namen dieses Generals möchte ich aber nicht nennen.

Der Vors.: Ist überhaupt die Möglichkeit diskutabel gewesen Widerstand zu leisten?

Der Zeuge: Nein. Das war von vornherein eine verlorene Sache. Die Frage eines Widerstandes wurde geprüft. Die Generalität hat dazu gesprochen und es wurde von vornherein die Aussichtslosigkeit erkannt.

A 097556

Da ich also innen-und aussenpolitisch völlig verlassen war, entschloss ich mich endlich, um unnützes Blutvergiessen zu vermeiden und in diesen kritischen Stunden die Existenz und das Leben des österr. Volkes zu retten, die Bestellung eines Nationalsozialisten zum österr. Kanzler durchzuführen. Ich bestellte also um die Mitternachtstunde Dr. Seyss-Inquart, den bisherigen Innenminister,

H3475 - 0022

zum österr. Bundeskanzler. Ich rettete auf diese Weise dasLeben meiner Soldaten und damit auch dasLeben und die Existenz meiner Heimat. Schon aus politischen Gründen (nichtmilitärischen Gründen allein) musste ich kapitulieren. Es hat keinen anderen Ausweg gegeben. Es wurde mir mitgeteilt, wie furchtbar die deutsche Wehrmacht nach Hitlersbefehl vorgehe. Die Auffindungen die man in Berlin gemacht hat, zeigen mit welch scharfen Tönen Hitler seine Truppen hätte einmarschieren lassen. Auch das Leben der Zivilbevölkerung vor allem der arbeitenden Bevölkerung Wiens war gefährdet. Vielleicht wenn ich hätte Zeit gewinnen und mich mit Verhandlungen des deutschen Reiches hätte einlassen können, vielleicht wäre es mir da gelungen, die Westmächte für Oesterreich zu interessieren.

Der Vors.: Haben Sie mit Seyss-Inquart vor seiner Bestellung zum Bundeskanzler gesprochen?

Der Zeuge: Nein, er wurde erst dann gerufen; selber ist er nicht gekommen. Ich habe mit ihm nicht verhandelt. Ich verhandelte auch nicht mit dem Minister Glaise-Horstenau. Ich habe Seyss-Inquart rufen lassen, nachdem ich zu der bereits geschilderten Erkenntnis gekommen bin. Ich habe sogar an die Bestellung eines anderen Regierungschefs gedacht. Das war aber unmöglich. Ich liess also Seyss-Inquart rufen. Wie sehr man bei der Gegenseite wusste, dass der einzige Widerstand meine Person ist, zeigt, dass Tags darauf (12.3.1938) in den Morgenstunden Himmler im Flugzeug

A097557

H3475 – 0023

aus Berlin kommend in Wien eingetroffen war. Seine erste Forderung an den neuen österr. Bundeskanzler war die Absetzung des Bundespräsidenten. Damit geht eindeutig hervor, dass ich der einzige letzte Widerstand in Oesterreich war.

Der Vors.: Hat Ihnen bei der Designierung des neuen Bundeskanzlers in der Person Seyss-Inquarts, dieser Ihnen mitgeteilt, welche Minister er (Seyss-Inquart) in Aussicht genommen hat.

Der Zeuge: Seyss-Inquart hat mir damals keine Ministerliste präsentiert. Er erklärte mir damals, dass er sich auf kurze Zeit zurückziehen müsse um mitseinen Parteigenossen zu sprechen. Erst einige Zeit nach seiner Bestellung zum österr. Regierungschefs hat er die Ministerliste zusammengestellt. In Wirklichkeit wurde unter den bereits eingelassenen Nationalsozialisten im Kanzleramte eine Ministerliste gebildet. Es hat sich also bereits eine Regierungsrevolution aufgetan bevor ich noch den neuen Regierungschef bestellt hatte. In der Ministerliste schienen Namen von Oesterreichern auf wie z.Bsp. Prof. M e n g h i n u.s.w. Ich sagte mir, dass diese Leute, die Oesterreicher sind, doch irgendwie trachten werden, dass Oesterreich irgendwie günstig gestellt werde und dass Oesterreich vielleicht ein halbsouveräner Staat bleiben werde.

Der Vors.: Hat Ihnen der Kanzler, wie Sie ihn gerufen haben, gesagt, was er nun zu tun gedenkt? Haben Sie ihn gefragt, was er in den nächsten Stunden für Schritte unternehmen werde?

A097558

H3475 - 0024

Der Zeuge: Nein, ich werde ihn doch nicht fragen, wenn ich ihn gezwungener Massen zum österr. Regierungschef bestellen musste. Ich wusste das eine, dass die Nazi in irgendeiner Form den Anschluss an das deutsche Reich haben wollten. Das ich dieser Forderung ablehnend gegenüber stehe, hat Seyss-Inquart gewusst, daher war ein gegenseitiges Fragen vollkommen überflüssig.

Der Vors.: Wann ist Ihnen die Ministerliste präsentiert worden?

Der Zeuge: Um die mitternächtliche Stunde nach der Bestellung Seyss-Inquart zum österr. Regierungschef. Auf der Liste erschienen die Namen: Dr. Neumayer, Prof. Menghin, Reinthaler, Jury, Wolff, Fischböck und Hueber auf.

Ich habe dann angeordnet, dass am Samstag den 12. 3. 1938 die Beeidigung der Regierungs Seyss-Inquarts erfolgte. Bei dieser Beeidigung habe ich eine ganz kurze Ansprache gehalten. Das Wesentliche dieser Ansprache war, dass ich sagte:" Herr Bundeskanzler und Herren Minister, Sie werden von mir nicht verlangen dass ich über die Ereignisse der letzten Tage mit Ihnen spreche und eine Auseinandersetzung wolle. Ich habe nur das eine von Ihnen zu fordern, Sie sind bestellt auf Grund der österr. Verfassung und haben nach der österr. Verfassung alle Rechte und alle Pflichten für Oesterreich zu erfüllen."

Seyss-Inquart ist österr. Staatschef gewesen.

Die Beeidigung der neugebildeten Rggierung wurde nach der alten österr. Formel durchgeführt.

A097559

H3475 – 0025

Sämtliche Minister haben einen österr. Diensteid geleistet und zwar auf eine österr. Regierung. Diese Beeidigung war za. um 10 Uhr vorm. des 12. 3. 1938

Der Vors.: Ist sogleich nach dieser Zeremonie der Beeidigung oder etwas später der Angeklagte bei Ihnen erschienen?

Der Zeuge: Das war erst später und nicht unmittelbar anschliessend an die Beeidigung. Es lag aber meines Erachtens nur eine kurze Spanne Zeit dazwischen. Der Angeklagte hat mir für seine Wiederernennung als Finanzminister gedankt, was aber nicht üblich gewesen war. Ich habe den Angeklagten aufmerksam gemacht, dass Seyss-Inquart ihn eigtnlich zum Finanzminister bestellt hat und sagte ihm, dass Seyss-Inquart ihn als seinen Mitarbeiter berufen hat. Weiters erklärte ich dem Angeklagten, dass ich mit der ganzen Geschichte nicht einverstanden bin und deutete ihm auch an, dass ich in dieser Situation nicht länger als Bundespräsident bleiben kann.

Auf Befragen des Vorsitzenden gibt der Zeuge an: Möglich ist, dass ich die Bemerkung machte, dass ich unter Bajonetten nichtmehr länger Bundespräsident bleiben kann. Ich habe dem Angeklagten auch mit Deutlichkeit gesagt, dasser selbstverständlich nicht annehmen kann, dass ich damit einverstanden bin, was in der letzten Nacht vergegangen ist. Der Angeklagte war darüber etwas erstaunt, dass ich ihm sozusagen meine Demission ankündigte und in dem neuen System nicht mitarbeiten will. Er musste also damit rechnen, dass ich nicht

A 097560

H3475 - 0026

einverstanden bin.

Der STA: Sie haben gesagt, es war Ihnen klar, wie Sie Seyss-Inquart zum Regierungschef bestellten dass der Anschluss an das Reich folgen wird und trotzdem haben Sie die Minister beeiden lassen. Haben Sie da unter Zwang gehandelt? Warum haben Sie die Beeidigung vorgenommen?

Der Zeuge: Die Beeidigung eines jeden von mir ernannten Kabinetts ist eine Pflicht des Bundespräsidenten, bestellt war Seyss-Inquart als österr. Minister. Er war der Unterhändler Hitlers. Es war die Möglichkeit vorhanden, dass durch ihn Oesterreich als souveräner Staat oder vielleicht als halbsouveräner Staat so wie Bayern bleiben wird.

Als Himmler bereits in Wien war, hat Seyss-Inquart seinen Staatssekretär Dr.Wimmer zumir geschickt, welcher mich aufklärte um was es sich nun handelte. Es wurde die Forderung von Deutschland gestellt, dass ich als Bundespräsident abgesetzt werde. Seyss-Inquart der mich ebenfalls zu diesem Zwecke aufsuchte, redete zunächst herum, dass es ihm furchtbar peinlich sei, aber er müsse sich diesem Befehl des deutschen Reiches unterwerfen und er lege mir daher nahe meine Demission zu beantragen. Bezüglich der Demission nahm ich folgenden Standpunkt ein: Ich habe wiederholt unter Dollfuss meine Demission natürlich intern, ohne dass dies in der Oeffentlichkeit verlautbart worden wäre angeboten, weil ich es nicht ertragen habe, dass das Staatsoberhaupt für die Regierung bezw. der jeweiligen Regenten

A097561

H3475 - 0027

sozusagen vor der Oeffentlichkeit nach innen und aussen hin verantwortlich gemacht wird. Ich hatte es damals einfach satt. In dem Moment aber, wo der auswärtige Feind solche Forderung an mich stellte, habe ich mich verpflichtet gefühlt jetzt erst recht zu bleiben. Ich bin geblieben und habe dann am 13.3.1938, als man mir in meine Dienstwohnung das Wiedervereinigungsgesetz zur Unterschrift vorlegte - das war gegen 5 Uhr nachmittags - dies verweigert. Zu diesem Zweck erschienen Seyss - Inquart mit dem damaligen Bundesminister Menghin in meiner Dienstwohnung. Ich habe mich geweigert dieses Wiedervereinigungsgesetz zu unterschreiben und zwar aus staatspolitischen Gründen. Diese Weigerung ist nicht nur auf meine grundsätzlich gegenteilige Einstellung zurückzuführen gewesen, sondern ich weigerte mich auch, weil ich nach der österr. Verfassung verpflichtet gewesen wäre vor der Unterzeichnung, die ja nur die Unterschrift des Staatsnotars zu bedeuten hatte, nämlich die Beglaubigung, dass das betreffende Gesetz nach der Verfassung richtig formell zustande gekommen sei, vorerst noch über dieses "Gesetz", das ja die Souveränität Oesterreichs preisgab, eine allgemeine Volksab - stimmung hätte einleiten müssen. Zu einer solchen Volksabstimmung war aber keine Zeit mehr vorhanden durch das impulsive starke Eingreifen Hitlers - Hitler soll ja gesagt haben "was Oesterreich be - trifft bin ich in 3 Tagen fertig" . Darauf hat die Regierung wiederum den Art. 3 der Bundesverfassung

A 097562

genommen. Seyss-Inquart wollte mit Hilfe des Art. 3 der Verfassung von 1934 dem bereits geschilderten Verlangen Himmlers Rechnung tragen. Er war aber damit einverstanden, dass ich mich bereit erklärte, ihm in Anbetracht der damaligen Lage Oesterreichs im Sinne des Verfassungsartikels 77 Abs. 1 auf die Dauer meiner Behinderung die präsidentiellen Funktionen zu übertragen ohne selbst zu demissionieren. Infolge der Weigerung, das Anschlussgesetz zu unterschreiben, ist keine Beurkundung erfolgt. Denn die Beurkundung ist von mir ausgeblieben. Jetzt musste natürlich auf andere Weise durch die Unterschrift Seyss-Inquart und aller Minister das Anschlussgesetz kundgemacht werden. Ich habe damals in meiner Dienstwohnung ein Schreiben an den Kanzler (Seyss-Inquart) gerichtet, dass ich ihm auf Grund des Verfassungsatrikels 77 Abs. 1 auf die Dauer meiner Behinderung die präsidentiellen Funktionen, wie ich oben bereits angegeben habe, übertrage. Dazu war als Zeuge der Minister Menghin beigezogen.
Das "Anschlussgesetz" das mir vorgelegt wurde, war ein Entwurf. Das Original habe ich nicht gehabt, sondern ich hatte nur eine Abschrift in Händen. Vorher hat der Ministerrat beschlossen gehabt, dass Seyss-Inquart der Alleinbevollmächtigte sein muss.

Der STA: Sie haben uns gesagt, dass Sie Seyss-Inquart unter innen- und aussenpolitischen Zwang zum Regierungschef bestellt haben. Sie haben gewusst, welchen Kurs das Kabinett Seyss-Inquart einhalten wird. Warum haben Sie nicht am 12.3.1938 als man Ihnen die Demission

A097563

H3475 – 0028

3697-PS

H3475 – 0029

nahegelegt hat, nicht demissioniert? Was war damals noch zu retten?

Der Zeuge: Ich habe eine Demission für eine feige Flucht gehalten. In dieser Notstunde mein Vaterland zu verlassen und überhaupt nicht eine Verhandlungs - möglichkeit zu versuchen wäre eine Feigheit gewesen.

Der STA: Aber das war doch eine Aussichtslosigkeit. Oesterreichs Unabhängigkeit war in diesem Zeitpunkte begraben gewesen.

Der Zeuge: Das mag sein.

Der STA: Ich hätte da als Staatsoberhaupt demissioniert.

Der Zeuge: Nein, ich hätte das für eine Feigheit angesehen.

Der STA: Anlässlich des Berchtesgadener Abkommens haben Sie erklärt, dass sich die Westmächten desinteressiert zeigten. An welches Verhandlungsmöglichkeit haben Sie am 12.3.1938 noch gedacht?

Der Zeuge: Möglichkeiten bestehen immer. Man muss mit dem deutschen Reich verhandeln, um zu wissen, was eigentlich verlangt werde. Ich wollte weiters Zeit gewinnen, damit auch die Westmächte erfahren konnten, um was es sich handelt; vielleicht hätten die Westmächte dann eingegriffen. Es handelte sich mehr um einen Zeitgewinn, weil ich die Hoffnung ~~nicht~~ aufgab, dass die Westmächte vielleicht doch noch eingegriffen hätten.

Der STA: Es sollte mit dem deutschen Reich verhandelt werden; auf österr. Seite stand als Verhandlungspartner der Nationalsozialist Seyss-Inquart an Stelle von Dr.Schuschnigg und auf welchen Kurs

A097563/1

3697-PS

Seyss-Inquart lossteuerte und welche Richtung Seyss-Inquart einschlug, war Ihnen ja bekannt. Seyss-Inquart der ja auf Antrag der Gegenseite zum Österr. Regierungschef eingesetzt wurde, konnte ja nicht den Kurs einschlagen, der entgegen den Wünschen Deutschlands gelegen ist. Ich hätte an ihrer Stelle demissioniert. Sie hätten die nat.soz. Regierung nicht beeiden dürfen?

Der Vors.: Haben Siedie Meinung gehabt, es wäre eine Verhandlungsmöglichkeit gegeben mit dem deutschen Partner, nachdem doch Seyss-Inquart an die Stelle Dr.Schuschnigg getreten ist?

Der Zeuge: Ich war der Meinung gewesen, dass eine Verhandlungsmöglichkeit mit Deutschland besteht.

Der Vors.: Haben Sie hiebei an die Selbstandigkeit Oesterreichs noch gedacht?

Der Zeuge: Ich habe gedacht, dass Oesterreich vielleicht halbsouverän bleibenwird. Ausserdem hatte ich gute Nachricht aus Bayern. Denn im deutschen Reich fanden sich Gegner, die mit dem Tyrannensystem der Nationalsozialisten nicht einverstanden waren. Alle diese Möglichkeiten mussten wir bei den Verhandlungen herausbringen.

Der STA: Das kleine Oesterreich?

Der Zeuge: Jawohl das kleine Oesterreich? Auch Seyss - Inquart musste mit seinen inländischen Politikern sprechen, er konnte janicht allein auf eigene Faust handeln.

A097564

H3475 - 0030

3697-PS

H3475 – 0031

Der STA: Das Programm der Nationalsozialisten war doch Ihnen als Bundespräsident bekannt?

Der Zeuge: ja

Der Verteidiger: Unter dem Minister in der Regierung Seyss.Inquart befanden sich ja Oesterreicher. War Ihnen nicht auch Dr.Neumayer als ein seriöser österr. Beamter bekannt?

Der Zeuge: Ich kannte ihn als einen sehr brauchbaren tüchtigen Finanzminister; wobei mich die politische Seite Dr. Neumayer nicht interessierte. Für mich kam in erster Linie der Bundeskanzler in Frage, der sich ja seine Beamten selbst aussuchte. Ich habe ja auch in dem Minister Seyss-Inquart einen Oesterreicher gesehen, der ja auch wissen musste, dass Oesterreich als Land und Volk bestehen bleiben müsse.

Der Verteidiger: Haben Sie Dr.Neumayer als einen guten Oesterreicher angesehen? und ihn nicht für einen Nationalsozialisten gehalten?

Der Zeuge: Ich habe Dr.Neumayer nicht zu den radikalen Nazi gerechnet. Mir war nicht bekannt, dass er zu nationalen oder nat.soz. Kreisen irgendwelche Verbindung hatte. Ich habe Dr.Neumayer als einen österr. Beamten gekannt. ~~xxxx

H3475 – 0032

habt, dass dieser Angeklagte irgendetwas verraten hätte, dass er Hochverräter sein könnte?

Der Zeuge: Nein.

Der Verteidiger: H.Bundespräsident haben bei Ihrer Vernehmung vor dem UR. folgendes angegeben: " Schuschnigg hatte mir bekanntlich schon am Nachmittag des 11.3.1938 seine Demission gegeben, die um 7 Uhr abends verkündet wurde, war aber natürlich sofort von mir mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte (die) zur Bildung einer neuen Regierung betraut worden. Er und sein Aussenminister Dr.Guido Schmidt blieben auch in den Abend- und Nachtesstunden des 11.3.1938 bis über Mitternacht im Bundeskanzleramt, zumeist an meiner Seite und informierten mich fortlaufend über die äusseren Vorgänge, auch über das Fortschreiten der nat.soz. Revolution in Wien und in den Bundesländern, über die Besetzung der wichtigsten Nervenzentren der öffentlichen Verwaltung, über die hoffnungslosen Antworten auf die Hilferufe des österr. Aussenamtes nach Rom, Paris, London und anderen Hauptstädten (Gesandter Ludwig war am Fernsprecher). Auch Radio Wien sendete bald nurmehr nat.soz. Berichte und vom Giebel des Wr. Polizeipräsidiums auf dem Schottenring wehte seit etwa der 10. Abendstunde die Hakenkreuzfahne, während sich vor dem Bundeskanzleramt der Aufmarsch der Nationalsozialisten verdichtete und etwa 40 Mann von ihnen angeblich eine Abordnung, sogar von dem Innenminister Dr.Seyss-Inquart von rückwärts in das verschlossene Bundeskanzleramt hineingelassen wurde.

A 097566

3697-PS

H3475 - 0033

Die Wachehabende Gardeabteilung musste voll Ingrimm zusehen, Ich selbst habe erst am nächsten Tag davon erfahren."

Sind Sie der Meinung gewesen, dass von dem Augenblick an, als Bundeskanzler Dr.Schuschnigg demissionierte überhaupt die österr. Regierung noch irgendeine Macht besessen hatte oder war damals schon die Macht de fakto auf die Nationalsozialisten übergegangen?

Der Zeuge: Meine Angaben vor dem URichter sind richtig. Damals hat die Regierung Schuschnigg keinerlei Machtbefugnisse de fakto besessen.

Der Verteidiger: Sie haben gewusst, dass der Angeklagte später noch in dem Kabinett Seyss-Inquart geblieben ist. Haben Sie persönlich jemals ihm das übel genommen?

Der Zeuge: Nein. Im Gegenteil, ich war ja froh, dass in der Regierung Seyss-Inquart Oesterreicher von Ueberzeugung waren, die meiner Meinung nach im gewissen Sinne für Oesterreich eingetreten wären.

Der Vorsitzende: Sind Sie oder ein Familienmitglied von Ihnen mit irgendeinem persönlichen Anliegen an den Angeklagten in späterer Folge herangetreten. Denn vor dem UR. haben Sie angegeben:" Im Früh - sommer 1939, als mein ältester Sohn, Finanzkommissär a.D. aus dem Staatsdienste entlassen wurde und bemüht war, sich einen neuen Arbeitsposten zu suchen, riet ihm die Familie sich an seinen ehemaligen Minister Dr.Neumayer zu wenden, ihm vielleicht

eine Anstellung in der Wiener Städt.Versicherungs-Anstalt, deren Leiter er inzwischen wurde, ver-schaffen könne. Mein Sohn wurde zwar von Dr.Neu-mayer empfangen, aber seine Bitte war ergebnislos. Dr.Neumayer verhielt sich jedenfalls ablehnend."

Der Verteidiger gibt hiezu an: Dass sich Dr.Neumayer hiezu ablehnend verhielt muss auf eine unrichtige Proto-kollierung bezw. irrige Protokollierung beruhen.

Der Zeuge gibt hiezu an: Im Jahre 1939 ist im Finanzmini-sterium mein ältester Sohn Dr.Wilhelm Miklas von den Nazi aus dem Staatsdienst entlassen worden. Er rückte dann zum Militär ein, hat 4 Winter im Osten zugebracht und am Beginn des fünften Winters geriet er in russische Gefangenschaft und ist dann nördlich von Lemberg in einem Kriegsgefangenenlager an Flecktyphus gestorben. Das war Mitte Oktober 1945. Es war das dritte Kriegsopfer. Von seinen sieben Söhnen, die alle zur Wehrmacht einrücken mussten, sind drei gefallen, zwei befinden sich noch in Kriegsgefangenschaft und zwei sind vor einigen Wo-chen als Heimkehrer zu Hause eingetroffen.

Was ich bezüglich meines Sohnes vor dem GR. gesagt habe, kann ich mich heute nicht mehr er-innern. Mein ältester Sohn hat sich verschiedentlich um eine Anstellung bemüht, aber leider vergeblich. Soviel ich weiss, war er auch beim Angeklagten. Auch diese Bemühung war umsonst, er hat die ange-strebte Stelle nicht bekommen.

AG 97 68

H3475 - 0034

H3475 - 0035

Der Zeuge Dr. Wolfgang T r o l l, Gen. ONr.22 und ergänzt: wh.in Wien III. Neulinggasse 18, fremd, gibt nach WE. und vorschriftsmässiger Beeidigung vernommen an:

Ich kenne den Angeklagten seit dem Jahre 1936. Das dürfte im November gewesensein, dem Zeitpunkte, in dem Dr.Neumayer in das Kabinett Schuschnigg als Finanzminister eingetreten ist.

Der Vors.: In welcher Eigenschaft haben Sie den Angeklagten kennen gelernt?

Der Zeuge: In meiner Eigenschaft als Protokollführer des Ministerrates. Ich war der Protokollführer bei den Ministerratssitzungen. Ich habe die Vorkehrungen zu den Ministerratssitzungen zu treffen und auch das Protokoll zu führen gehabt, seit 10 bis 12 Jahren.

Der Vorsitzende: Erinnern Sie sich noch als der Ministerrat tagte, der auf die Fahrt des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg nach Berchtesgaden folgte. Die Fahrt nach Berchtesgaden war am 12.II.1938. Der darauf - folgende Ministerrat hat dann etwa einige Tage später stattgefunden.

A 97569

Der Zeuge: Daran erinnere ich mich.

Der Vorsitzende: Welche Mitteilung hat der Kanzler damals den Ministern, also auch dem anwesenden Angeklagten über die Aussprache mit Hitler gemacht?

Der Zeuge: Dr.T r o l l : Der Ministerrat dürfte am 16.II. 1938 stattgefunden haben. Bei dieser Sitzung hat der Kanzler Dr.Schuschnigg ganz kurz vorgetragen, dass er am Obersalzberg war, dass die Sache gar nicht gegangen ist; aber Näheres über die Ereignisse am

Obersalzberg hat er in der Sitzung des Ministerrates nicht gemacht.

Der Vorsitzende: Wir wollen feststellen, was der Angeklagte weiss bezw. aus dieser Ministerratssitzung wissen konnte.

Der Zeuge Dr.Troll: Ich habe auch nichts Näheres erfahren. Ich war Protokollführer. Einzelne Details hat der Kanzler nicht gesagt. Dr. Schuschnigg hat nicht mitgeteilt, welche Forderung Hitler damals in Berchtesgaden gestellt hat. Ich glaube, dass der Kanzler dies in der Sitzung nicht mitteilte.

Der Vorsitzende: Erinnern Sie sich, ob der Kanzler damals gesagt hat, dass von Seiten Hitler gefordert wurde, dass Seyss-Inquart als Innenminister in die Regierung Dr.Schuschnigg einzutreten habe?

Der Zeuge: Daran glaube ich mich erinnern zu können. Ich glaube schon, dass dies der Kanzler gesagt hat.

Der Vorsitzende: Der Kanzler sagte, dass er stark unter Druck gesetzt wurde.

Der Zeuge Dr. T r o l l : Man hat diesen Eindruck haben können.

Der Vorsitzende: Die nächste Ministerratssitzung war schon mit dem umgebildeten Kabinett, da waren schon ausgeschieden: Dr.Pilz, Dr.Taucher und dafür bestand das neue Kabinett mit Seyss-Inquart als Innenminister. Das war am 21.II.1938. Können Sie uns etwas über diese Ministerratssitzung sagen, die zwischen dem 21.II. und 11. III. 1938 stattfand?

A 097570

H3475 - 0036

3697-PS

H3475 – 0037

Der Zeuge Dr. T r o l l : Am 11.III.1938 hat keine Ministerratssitzung stattgefunden. Die dürfte in der Woche vorher gewesen sein und zwar in der Zeit vom 3.-7. III. 1938. Soviel ich weiss, sind damals sowie am 21.II.1938 nur fachliche Angelegenheiten in der Sitzung besprochen worden. Was am nächsten Tag war weiss ich nicht mehr, da die Unterlagen dazu weg - kamen.

Der Vorsitzende: Ist in einer dieser Sitzungen davon gesprochen worden, was man den Nationalsozialisten im Inlande an Freizügigkeit zugestehen soll, ob das Tragen von Hackenkreuze erlaubt werde, oder ob das nur beschränkt gestattet werden soll oder ob der deutsche Gruss geleistet werden darf etc?

Der Zeuge Dr.Troll: Ich kann mich nicht erinnern, irgendetwas über solche Dinge gehört zu haben. Es ist nicht üblich gewesen in den Sitzungen politische Dinge zu besprechen. Die politischen Ereignisse wurden vorher ausserhalb den Sitzungen besprochen, so dass der Ministerrat formell nur die Beschlussfassung über die sachlichen Angelegenheiten durchzuführen hatte.

Der Vorsitzende: Ist Ihnen bekannt, ob zu diesen Besprechungen ausserhalb des Ministerrates der Angeklagte beigezogen wurde?

Der Zeuge Dr. T r o l l : Das weiss ich nicht. Denn diese Besprechungen haben gewöhnlich beim Kanzler stattgefunden; wer hiezu eingeladen wurde, weiss ich nicht.

A097571

Der Vorsitzende: Was haben Sie bezüglich der Vorgänge am 11.III.1938 in Erinnerung?

Der Zeuge Dr. T r o l l : Es war für den 11.III.1938 mittags eine Ministerratssitzung angesetzt gewesen. Zu dieser ist es aber nicht mehr gekommen. Die damaligen Ereignisse überstürzten sich. Im Laufe der Nachmittagsstunden ist der Staatssekretär Dr. K e p l e r erschienen. Er trug eine Uniform, wobei ich bemerkte, dass ich damals die Uniformen nicht kannte. Es fanden dann Besprechungen zwischen dem Kanzler und dem Minister Seyss-Inquart statt und zwar im Büro des Bundeskanzlers im Laufe des Nachmittages mehr gegen den Abend zu. Der Inhalt dieser Besprechungen ist mir nicht bekannt, denn ich war bei diesen Besprechungen nicht zugegen. Der Abschluss der Besprechungen war, dass der Kanzler Dr.Schuschnigg aus seinem Büro herauskam und nun die bekannte Abschiedsrede im Radio hielt, die er im Vorzimmer am Mikrophon abhielt. Das war zwischen 7 und 8 Uhr abends. Vorangegangen sind Besprechungen Dr.Schuschniggs mit Minister Seyss-Inquart. Ob Dr.Schuschnigg auch Besprechungen mit dem Bundespräsidenten gehabt hat, weiss ich nicht.

Der Vorsitzende: Sind Sie informiert über die Vorgänge im Bundeskanzleramt nach der Abschiedsrede Dr.Schuschnigg?

A 097572

H3475 - 0038

3697-PS

H3475 – 0039

Der Zeuge Dr. Troll: Ich bin nach der Abschiedsrede des Bundeskanzlers noch bis etwas 2 Uhr nachts im Amte geblieben. Ob ich damals den Angeklagten gesehen habe, erinnere ich mich nichtmehr, Es ist damals die Regierungsbildung vorgenommen worden. Die Mitglieder des neugebildeten Kabinetts habe ich erst wieder gesehen, wie sie aus den Raumen des Bundespräsidenten herauskamen. Dassich Dr.Neumeyer unter diesen Regierungsmitgliedern gesehen, bezw. dass ich ihn überhaupt im Kanzleramt damals gesehen habe, erinnere ich mich nicht. Mit der Verteidigung der neuen Regierung habenich nichts zu tun gehabt.

Bei der Ministerratssitzung am Sonntag den 13. ~~III~~.1938 habe ich zu tun gehabt. Diese hat ungefähr um 10 Uhr vormittags stattgefunden. Ob sie vielleicht in den Nachmittagsstunden stattgefunden hat, weiss ich nicht; es könnte aber möglich sein. Ich habe von dem Ministerrat erfahren und habe nun rein gefühlsmässig den Standpunkt eingenommen, dass ich damit nichtsmehr zu tun haben will. Ich war Präsidialist im Bundeskanzleramt. Ich war Ministerialrat. Ich habe die Funktion eines Protokollführers gehabt. Am 13.III.1938 hielt diese neue Regierung den ersten Ministerrat ab. Ich nahm den Standpunkt ein, ich habe mit dieser Regierung nichtsmehr zu tun. Das war rein gefühlsmässig. Für mich war meine Tätigkeit mit der Abschiedsrede des Bundeskanzlers Dr.S c h u s c h n i g g auch beendet.

A 097573

H3475 - 0040

Richtig ist hiebei, dass ich nach wie vor Staats - beamter gewesen bin. Ich habe es aber gefühlsmässig abgelehnt, weiter als Protokollführer in dieser Sitzung am 13.3.1938 zu fungieren. Ich habe das Gefühl gehabt, dass ich nichtmehr dazu gehöre, dass dort eine andere Person auf diesen Platz hingehöre. Ich habe auch gebeten, jemand anderen mit dieser Stellung zu betrauen, habe aber den Auftrag von Staatssekretär W i m m e r erhalten, dass ich auch jetzt als Protokollführer zu fungieren habe und deshalb bin ich diesem Auftrage nachgekommen.

Der Vorsitzende: Was war bei dieser Sitzung? *

Der Zeuge Dr. T r o l l :

Was der Gegenstand des Ministerrates sein sollte, wusste ich nicht, weil das ein unvorbereiteter Ministerrat war. Ich habe damals keinerlei Vorbereitungen zu treffen gehabt. Ich bin damals in den Ministerratssaal hineingekommen; es hat sich die Regierung versammelt und ich kann mich noch erinnern, dass die Sache damals sehr schnell gegangen ist. Ich hatte kaum Gelegenheit und Zeit mich niederzusetzen. Ich musste das Protokoll stehend führen. Seyss-Inquart hat zu Beginn der Sitzung ein paar Worte gesagt, an die ich mich heute nichtmehr erinnern kann. Die ganze Sache dürfte höchstens zehn Minuten gedauert haben. S e y s s -Inquart hat das Anschlussgesetz vorgelesen, also Oesterreich ist ein Land des deutschen Reiches u.s.w. Daraufhin ist kein Widerspruch erhoben worden.

A 097574

3697-PS

H3475 – 0041

Es ist überhaupt keine Debatte abgeführt worden, Was S e y s s -Inquart alles gesagt hat, weiss ich nichtmehr.

Der Vorsitzende: Ich halte Ihnen vor, dass der Angeklagte in seiner Darstellung Folgendes sagte:" Der Ministerrat war sehr kurz, das Anschlussgesetz ist widerspruchslos angenommen worden, S e y s s -Inquart teilte erstens mit, dass die Funktionen des Bundespräsidenten infolge Demission des Bundespräsidenten M i k l a s auf seine Person übergangen sind und zweitens machte S e y s s -Inquart die Mitteilung, dass er am Samstag den 12.3.1938 in Linz mit Adolf Hitler zusammengetroffen ist, der ihm befohlen hat, "jetzt, heute, sofort" das nunmehr zur Verlesung kommende Anschlussgesetz abzuschliessen."

Der Zeuge Dr. T r o l l gibt hiezu an:

Ich glaube, das dürfte richtig sein. Ob der Ausdruck "Befehl" gefallen ist, weiss ich nicht.

Der Vorsitzende: Hat S e y s s -Inquart gesagt, dass auf ihn die Geschäfte des Bundespräsidenten übergegangen sind?

Der Zeuge Dr. T r o l l : Ich weiss das nicht genau, aber ich halte es für wahrscheinlich. Dann ist widerspruchslos das Anschlussgesetz angenommen worden. Die Tagesordnung war damit erschöpft gewesen. Nach dieser Ministerratssitzung haben sich dann alle Mitglieder entfernt.

A0975 75

3697-PS

Der Vorsitzende: Was war dann weiter erforderlich? Wurde das Gesetz publik gemacht?

Der Zeuge Dr. T r o l l : Ich habe dieses Anschlussgesetz beurkundet und das Gesetz ist sohin vom Verfassungsdienst in das damalige Gesetzblatt des Landes Oesterreich eingetragen worden.

Der Vorsitzende: Ist Ihnen nicht bekannt, dass sich zwei Herren in die Wohnung des früheren Bundespräsidenten begeben haben zum Zwecke der Einholung der Unterschrift bezüglich dieses Gesetzes?

Der Zeuge Dr. T r o l l :

Das weiss ich nicht, davon habe ich nichts erfahren.

Der Vorsitzende: Die Uhrzeit können Sie uns auch nicht sagen, wann diese Ministerratssitzung am 13.3.1938 stattgefunden hat?

Der Zeuge Dr. T r o l l : Nein. Diese Sitzung kann auch nachmittags stattgefunden haben.

Der Vorsitzende: Sie haben den Angeklagten kennen gelernt mit Beginn seiner Ministertätigkeit im November 1936. Haben Sie vielleicht auch erfahren und zwar in Ihrer Eigenschaft als Protokollführer, was der Anlass war oder in welcher Eigenschaft der Angeklagte in das Kabinett Dr. S c h u s c h n i g g als Finanzminister berufen wurde?

Der Zeuge Dr. T r o l l :

Es fand damals die Ausscheidung des Finanzministers Dr. D r a x l e r statt. Warum nun Dr. N e u m a y e r in das Kabinett Dr. S c h u s c h n i g g als Finanzminister berufen wurde, ist mir nicht bekannt. Ob da

A-097576

3697-PS

H3475 – 0043

politische Gründe massgebend waren oder rein fachliche Gründe, ist mir nicht bekannt. Es wurde allerdings gesprochen, dass der Angeklagte auf der nationalen Seite gestanden ist oder von dieser Richtung hergekommen ist.

Der Vorsitzende: Bei den Ministerratssitzungen vom November 1936 bis zum Schluss hat dader Angeklagte irgendwie eine parteimässige Einstellung eingenommen oder hat er eine rein ressortmässige Einstellung eingehalten?

Der Zeuge Dr. T r o l l : Ich kann mich an keinen Fall erinnern, in dem der Angeklagte politisch verfolgt worden wäre, während den Ministerratssitzungen.

Der Vorsitzende: Ist Ihnen auch von diesem Ultimatum etwas bekannt, das am 11.3.1938 im Kanzleramt überreicht worden ist?

Der Zeuge Dr. T r o l l : Gerüchtweise habe ich davon gehört.

Der STA: Der Angekl. hat in seiner Verantwortung angegeben, dass S e y s s -Inquart eingangs der Ministerrats - sitzung am 13.3.1938 erklärt hat, das Anschluss - gesetz muss geschlossen werden, sonst überzieht er Oesterreich mit Krieg. Können Sie sich an solche Worte S e y s s - Inquart erinnern?

Der Zeuge Dr. T r o l l :

Dass irgendwelche Aeusserungen des Kanzlers Seyss-Inquart damals gefallen sind, erinnere ich mich; aber Näheres weiss ich nicht.

A 097577

H3475 - 0044

3697-PS

Der Verteidiger: hält dem Zeugen seine Angaben vor dem URichter vor.

Der Zeuge Dr. T r o l l gibt hiezu an:

Meine Angaben vor dem URichter in ONr. 22 sind richtig. Ich bleibe auch heute bei diesen Angaben.

Der Zeuge Otto H u b e r, Gen. S 107, fremd, gibt nach WE. und vorschriftsmässiger Beeidigung an:

Der Vorsitzende: Wann haben Sie den Angeklagten kennengelernt?

Der Zeuge H u b e r: Bei der Eröffnung der Wiener Messe die zweimal im Jahr stattfand. Ich lernte ihn damals in seiner Eigenschaft als Finanzreferent der Gemeinde Wien kennen. Ich war damals in Begleitung des Herrn Bundespräsidenten.- Später lernte ich ihn im November 1936 als Finanzminister im Kabinett Dr.Schuschnigg kennen.

Der Vorsitzende: Ist damals irgendetwas über seine Person verlautbart worden, welcher Richtung er angehöre u.s.w.?

Der Zeuge H u b e r: Es war bekannt, dass der Angeklagte national eingestellt war. Er galt als Fachminister. Die Gründe seiner Berufung zum Finanzminister sind mir nicht bekannt.

Der Vorsitzende: Können Sie uns kurz die Vorgänge am 11.3. 1938 im Bundeskanzleramt schildern, soweit Sie Ihnen erinnerlich sind?

Der Zeuge H u b e r: Bis in den Mittagsstunden hat der Herr Bundespräsident nichts "Rechtes" erfahren. In dieser Zeit ist noch kein Ultimatum überreicht worden.

A097578

3699-PS

H3475 - 0045

Um zirka 2 Uhr nachmittags bin ich mit Bundespräsident M i k l a s nach Hause gefahren. Zu dieser Zeit wussten wir noch nichts von den Vorgängen. Um za. ¼4 Uhr nachmittags kehrten wir wieder ins Bundeskanzleramt zurück. Der Bundeskanzler Dr. S c h u s c h n i g g meldete nun dem H.Bundespräsidenten, dass er demissionieren werde. Es fand nun zwischen Bundespräsident Miklas und dem Bundeskanzler Dr.Schuschnigg eine längere Unterredung statt, b e i der ich nicht anwesend war. Dann wurde das Ultimatum überreicht, von wem, weiss ich nicht mehr. Es erschienen glaublich zwei jüngere Leute als Salzburg, einer von diesen dürfte Dr.Reiner gewesen sein, der sagte er hätte mit G ö r i n g wegen des Ultimatums telefonisch gesprochen und G ö r i n g hätte ihm erklärt, dass Ultimatum müsse eingehalten werden, Oesterreich werde bei Einhaltung des Ultimatums nichts geschehen. Diese Leute wollten Bundespräsident M i k l a s sprechen, ich liess sie aber nicht vor, sondern verwiese sie an den Minister G l a i s e-Horstenau.

Der Vorsitzende: Warum haben Sie diese Leute an Minister G l a i s e -Horstenau verwiesen?

A097579

Der Zeuge H u b e r :

Die Nationalsozialisten gingen damals im Bundeskanzleramte b e r e i t s aus und ein, man hat schon gesehen, das sind die Vertreter der Gegenseite. Dann hat der Staatssekretär Dr.K e p l e r das Ultimatum überreicht. Bei Ueberreichung dieses Ultimatums war ich aber nicht dabei.

3697-PS

Der Bundespräsident M i k l a s hat das Ultimatum abgelehnt. Es wurden dann Verhandlungen in der Richtung gepflogen, ob man nicht einen anderen Kanzler und nicht S e y s s - Inquart in die Regierung einsetzen könnte. Gedacht wurde hiebei an die Person Dr. E n d e r . Dr. E n d e r hat aber abgelehnt. Dann erschien Gen.Leutn. M u f f . Auch diesem gegenüber wurde von Seiten des Bundespräsidenten M i k l a s die Ablehnung des Ultimatums erklärt. In diesem Zusammenhange bemerkte ich, dass Gen.Leutn.Muff den anwesenden Dr. G u i d o S c h m i d t sehr stark appostrophierte und diesem eine Hauptschuld an der ganzen Sache beilegte. Daraufhin entfernte sich Guido S c h m i d t.

Um 12 Uhr mittags erfolgt Schriftführerwechsel.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:
Trumler e.h.

A097580

H3475 - 0046

3697-PS
44

H3475 - 0047

Die vorstehende Abschrift ist ein richtiger Auszug aus dem österreichischen Gerichtsakt im Verfahren gegen den Angeklagten Dr. Rudolf N e u m a y e r , beinhaltend die Aussage des Zeugen Wilhelm M i k l a s.

Volksgericht Wien
Wien, VIII. (64), Landesgerichtsstraße 11
Abt. Vg1, am 11. 11. 1946.
Trezzi.

Volksgericht * Wien * beim Landesgericht f. Strafsachen

A097581.

H3475-0047A

3697-PS

H-3475

USA 884 (3697-PS)

Filed June 12, 1946

EXHIBIT-USA

884

(3697-PS)

A097538

4L

H3475 - 0048

H3475-0049